

## **In welcher Beziehung steht das bedingungslose Grundeinkommen zur Postwachstumsökonomie?**

Thesenpapier von Ronald Blaschke zur Ringvorlesung zu "Postwachstumsökonomie" an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg am 18. Januar 2012

**"Was fehlt uns, das das Wachstum uns bringen soll?"**

[Andrè Gorz 2009: 91](#)

**Leitthese: Es sind keine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft und keine nachhaltige Postwachstumsökonomie ohne Demokratie, Freiheit und Umverteilung, also auch nicht ohne bedingungslose Absicherungen der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe möglich.**

### **1. Postwachstumsgesellschaft oder Postwachstumsökonomie?**

Als Postwachstumsgesellschaft wird hier eine Gesellschaft bezeichnet, die sich unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen reproduziert. Da wirtschaftliches Wachstum (auch das Wachstum von Dienstleistungen) Ursache des steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen ist, handelt es sich also um eine Gesellschaft, die sich mit einer schrumpfenden Wirtschaft reproduziert (degrowth).

Es geht dabei aber keineswegs nur um den Wandel einer Ökonomie hin zu einer Postwachstumsökonomie, sondern um den Wandel einer Gesellschaft in ihrer sozialen, wirtschaftlichen Struktur und Zielstellung und hinsichtlich ihrer Stellung im gesamten Oikos.

Oikos umfasst die Beziehungen zwischen Lebewesen untereinander und mit ihrer unbelebten Mitwelt (Ökologie) und die Ökumene (Menschengemeinschaft, Beziehung zwischen Menschen). Ein Bestandteil des Ökumenischen (neben Kultur, Recht, sozialen und politischen Beziehungen usw.) ist die Ökonomie (wirtschaftlicher Haushalt). Eine Verengung des Themas Postwachstumsgesellschaft auf das Thema

Postwachstumsökonomie ist abzulehnen. Bei dem Thema Postwachstumsgesellschaft handelt es sich um ökologische, ökumenische und – *darin eingebunden* – um ökonomische Fragen. (Vgl. [Blaschke 2008](#))

## **2. Ökonomie ist bedeutend mehr als im BIP ausgedrückte Produktion und konsumtive Versorgung**

Beispiel:

"Als 'Postwachstumsökonomie' wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt." ([Niko Paech o. J.](#))

Kritik:

Erstens finden sich ökonomische Zusammenhänge und Produktionen auch jenseits des im BIP ökonomisch erfassten. Viele nicht im BIP erfassten Mensch-Mensch und Mensch-Natur-Bezüge haben eine ökonomische Dimension – von der privaten Haus-, Familien-, Sorgearbeit über die Eigenarbeit bis hin zur Nachbarschaftshilfe und zum bürgerschaftlichen Engagement, also im gesamten individuellen und kollektiven Bereich der Selbstversorgung. Im Jahr 2001 wurden in Deutschland 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit und 56 Milliarden Stunden bezahlte Arbeit geleistet. Unter der Annahme von 11 Euro Bruttolohn (Hauswirtschafter/in) betrug die Bruttowertschöpfung im o. g. unbezahlten Bereich ca. *1.206 Milliarden Euro* (60 Prozent des BIP). Das BIP (2001, ohne unbezahlte Arbeit 2.064 Milliarden Euro nominal) hätte *mit* der o. g. wertschöpfenden unbezahlten Arbeit (11 Euro Bruttolohn) 3,27 Billionen Euro betragen. (Vgl. [Statistisches Bundesamt 2003](#)) Das heißt, die unbezahlte "Bruttowertschöpfung" beträgt rund ein Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung, unter Annahme eines Durchschnittsbruttolohnes (ca. 18 Euro) sogar über die Hälfte der Bruttowertschöpfung in Deutschland.

Zweitens ist festzustellen, dass diese Definition auch jegliche unentgeltliche ökonomische Nutzung von Commons (Gemeingütern wie Wasser, Land, Wissen usw.) ausblendet: Wenn ein Brunnen Gemeingut ist, erscheint das dort geschöpfte Wasser inkl. der dazu nötigen Vorrichtungen in keiner Form als Wertschöpfung im Bruttoinlandsprodukt, wenn der Brunnen privatisiert oder kommunalisiert im Sinne entgeltlicher Nutzung wird, erscheint diese Wertschöpfung im BIP. Das trifft ebenso auf unentgeltlich und eigenproduktiv genutzte Ländereien, Maschinen, Wissensgüter usw. zu. (Vgl. [Gorz 2009: 92](#))

Drittens ist an der Definition zu kritisieren, dass ein Verbrauch von natürlichen Ressourcen ebenfalls massenhaft jenseits der "konsumtiven Versorgungsstrukturen" stattfindet – z. B. durch "Entsorgung" der Produkte der Rüstungsindustrie in militärischen Einsätzen und durch Vernichtung der Produkte der Nahrungsmittelindustrie. Das heißt, die Engführung der Definition auf Konsum/Versorgungsstrukturen ist falsch. Entscheidend für den Ressourcenverbrauch ist das, was produziert wird – egal ob und wie diese Produkte genutzt oder nicht genutzt werden. Was nicht produziert wird, kann letztlich auch nicht konsumiert oder anderweitig "entsorgt" werden.<sup>1</sup>

Fazit: Die oben genannte Definition einer Postwachstumsökonomie ist ungeeignet. In Anlehnung an die Definition einer Postwachstumsgesellschaft ist Postwachstumsökonomie eine Ökonomie, die unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen lebensnotwendige Güter produziert und Dienstleistungen anbietet.

---

<sup>1</sup> Die Unzulänglichkeit mancher Konsumkritik besteht darin, Konsum für den Verbrauch von Naturressourcen verantwortlich zu machen, statt zu fragen, durch welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Konsum oder anderweitige Vernutzungen von natürlichen Ressourcen erst ermöglicht oder gar erzwungen werden.

### **3. "Recht der Natur", das Recht auf Natur, soziale, kulturelle und politische Grundrechte und das Recht auf Anteile am wissenschaftlichen Fortschritt**

**"Recht der Natur"**: Natur hat ein "Eigenrecht" der Existenz, der Reproduktion, der Entwicklung. Die Achtung des Natürlichen ohne eine utilitaristische (dem Nützlichkeitsprinzip verhaftete) Begründung (z. B. ökonomische, ästhetische, gesundheitliche) ist Voraussetzung und Folge des Respekts eines vom Menschen Unabhängigen. Natur ist nicht für den Menschen da. Sie war vor ihm und ist auch nach ihm da.

**"Recht auf Natur"**: Dies ist ein utilitaristisch geprägtes Recht. Es umfasst das Recht aller Menschen (jetziger und folgender Generationen) auf eine intakte natürliche Mitwelt – aus ökonomischen, ästhetischen und gesundheitlichen Gründen. Dieses universelle Recht auf Natur, oder auf natürliche Gemeingüter ("natürliche Commons") wie Wasser, Land, Luft, natürliche Rohstoffe und Energieressourcen aller Art usw., leitet sich vom bloßen Menschsein ab, von mehr nicht. Es gilt für alle Menschen bedingungslos: Man muss sich dieses Recht nicht erst "verdienen". Allerdings muss es sich angeeignet, also politisch erstritten werden. Damit wird sowohl die demokratische als auch die sozial-materielle Dimension des Rechts aller Menschen auf Natur angesprochen.

*Demokratische Dimension*: Einerseits ist mit dem Recht auf Natur das Recht aller Menschen auf die Beteiligung an demokratischen Prozessen hinsichtlich der Gestaltung des Ökonomischen (als der mit Natur verbundenen Produktion/Konsumtion) verbunden. Es geht dabei darum, den Siegeszug des Wirtschaftsliberalismus, der zur Durchsetzung des Primats der Ökonomie gegenüber der Ökumene führte, auf höherer Ebene (radikale Demokratie) aufzuheben. Die "entbettete" Ökonomie und ihre Institutionen sind in gesellschaftliche normative Bestimmungen und demokratische Institutionen "einzubetten". (Vgl. z. B. [Polanyi 1973](#)) Das vorherrschende Prinzip der Transformation der natürlichen und menschlichen Substanz in Waren und das vorherrschende Prinzip der Profiterzielung sind aufzuheben. Die politische Ökumene, jetzt Anhängsel der kapitalistischen Ökonomie, ist zu demokratisieren und als Gestalterin des Ökonomischen in ihre Rechte einzusetzen – von den Menschen selbst.

*Sozial-materielle Dimension:* Andererseits ist mit dem Recht auf Natur bzw. auf deren Ressourcen und Früchte auch das soziale Recht auf einen Anteil der in der Arbeit genutzten und durch Arbeit umgewandelten Natur verbunden, unabhängig davon, ob der einzelne die Natur selbst durch Arbeit nutzt bzw. umwandelt. Denn: Jegliche Nutzung/Umwandlung gemeinsamer Naturgüter durch einzelne oder kollektive Nutzer/innen impliziert das Recht aller an einem gleichen Anteil an dem Ergebnis der Nutzung/Umwandlung natürlicher Gegebenheiten. (Vgl. die naturrechtliche Begründung für eine bedingungslose soziale Absicherung bei Thomas Paine und Thomas Spence, 1796, in: [Blaschke 2010 a: Kapitel 1.1.1, 1.1.2 und 2.1](#))<sup>2</sup>

Die demokratische und die sozial-materielle Dimension des Rechts auf Natur schließen jede gesellschaftsbestimmende Form der individuellen oder kollektiven Privatisierung von Natur aus.

### **Verhältnis zwischen dem Recht der Natur und dem Recht aller Menschen auf Natur**

Natur als Daseinsgrundlage des Menschen wird solange in für den Menschen nutzbarer Form existieren, solange der Mensch der Natur das Recht auf ihre Reproduktion zugesteht (Stichwort: Nachhaltiges Leben und Wirtschaften). Eine Vernichtung der vom Menschen nutzbaren Natur würde auch die Durchsetzung des Rechts auf Natur unmöglich machen.

**"Soziale, kulturelle und politische Grundrechte"** sind individuelle Rechte zur Sicherung der Existenz und grundlegenden gesellschaftlichen Teilhabe. Gemäß dem [Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.Dezember 1966](#) sind das z. B.: das Recht auf Arbeit (Recht auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu

---

<sup>2</sup> Trotz einiger Übereinstimmungen unterscheidet sich mein Verständnis von gemeinsamen Gütern von einem Commons-Verständnis, wie es bei einigen [Befürworter/innen der solidarischen Ökonomie](#) diskutiert wird. Mein Commons-Verständnis überschreitet das Verständnis der privatisierenden Nutzung der Commons und der privatisierende Regelungshoheit hinsichtlich der Nutzung der Commons durch die unmittelbaren individuellen oder kollektiven Nutzer/innen. Die sozial-materielle Dimension des Rechts auf Natur übergreift die Nutzung lediglich durch die unmittelbaren Nutzer/innen und die demokratische Dimension übergreift die demokratische Regelung lediglich durch die unmittelbaren Nutzer/innen. In beiden Fällen der Aneignung des Rechts auf Natur ist die Nutzung und Regelung der Nutzung der Commons durch die unmittelbaren individuellen und kollektiven Nutzer/innen inbegriffen, aber nicht auf diese beschränkt. Analoges wäre hinsichtlich der "Wissens-" und "Kultur-Commons" festzuhalten, die im Abschnitt "Recht auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt" besprochen werden.

verdienen); das Recht auf Soziale Sicherheit an; diese schließt die Sozialversicherung ein; das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung; das grundlegende Recht, vor Hunger geschützt zu sein; das Recht auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (was erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung aller Aspekte der Umwelthygiene einschließt, ebenso die Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen); das Recht auf Bildung; das Recht am kulturellen Leben teilzunehmen und an den Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts und seiner Anwendung teilzuhaben (siehe nächster Abschnitt). Zu den Grundrechten gehören ebenfalls politische Teilhaberechte gemäß dem [Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966](#), zum Beispiel das Recht und die Möglichkeit jeder Staatsbürgerin und jedes Staatsbürgers, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dieses Recht und die Möglichkeit ist ohne Unterschied wie insbesondere der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status zu gewährleisten.

### **Verhältnis zwischen dem Recht auf Natur und den soziale, kulturellen und politische Grundrechten**

Soziale, kulturelle und politische Grundrechte sind wie die Rechte auf Natur individuelle *Grundrechte*, also bedingungslos jedem Menschen zu garantieren. Soziale und politische Rechte sind auch aus den Rechten auf Natur ableitbar – jede/r hat das Recht auf seinen Naturanteil bzw. auf einen Anteil der aus Natur erarbeiteten Produkte (sozial-materielle Dimension) und das Recht, bei der Verfügung über Natur mitzubestimmen (demokratische Dimension).

Jede/r hat "**Recht auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt**". (Dieses Recht gehört zwar zu den kulturellen Grundrechten, soll aber aufgrund der spezifischen Bedeutung gesondert erwähnt werden.) Die in den Produktivkräften und -verhältnissen geronnenen wissenschaftlichen (kulturellen) Errungenschaften

vergänger Generationen "gehören" allen (Wissens-, Kompetenz- und Kultur-Commons), damit auch Anteile an den unter Nutzung dieser Anteile produzierten Gütern und Dienstleistungen (sozial-materielle Dimension). Und jede/r hat das Recht über die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse politisch mitzubestimmen (demokratische Dimension). Selbstverständlich hat auch jede/r das Recht auf die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts im Sinne der individuellen Bildung und Fähigkeitsentwicklung (Bildungsdimension). Die demokratische, die sozial-materielle und die Bildungsdimension des "Rechts auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt" schließen jede gesellschaftsbestimmende individuelle oder kollektive Form der Privatisierung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts aus.

#### **4. Keine nachhaltige Postwachstumsgesellschaft ohne die Anerkennung der genannten Rechte**

Nachhaltigkeit meint Stabilität und Dauerhaftigkeit.

Eine Gesellschaft ohne Respekt vor der Eigenständigkeit der Natur kann nicht anders als Natur unter dem Nützlichkeitsaspekt für die Menschen denken und behandeln. Optimierungen des Ressourcenverbrauchs nehmen dabei auch keine Rücksicht auf den Eigenwert und die Vielfalt der Natur, bestenfalls auf die bloße Verfügbarkeit der für die Produktion notwendigen Rohstoff-/Energieressourcen. Eine wichtige Bremse des Wachstums fehlt also – der Respekt gegenüber dem nicht zur Verfügung Stehenden.

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung des Rechts aller Menschen auf Natur hat keine Schranke hinsichtlich der Vernichtung von Naturressourcen. Dies hat Auswirkungen auf die Lebenssituation und -möglichkeit jetziger und folgender Generation/en. Eine Gesellschaft ohne Anerkennung des Rechts aller Menschen auf Natur hat auch keine Schranke hinsichtlich privater, elitärer und antidemokratischer Verfügungen über die Natur. Die Nichtanerkennung des Rechts aller auf Natur befördert die weitere Spaltung der Gesellschaft (z. B. durch bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme, siehe

Kapitel 5), den knallharten Konkurrenzkampf um Rohstoffe (Vgl. ["Allianz für Rohstoffsicherung"](#) der deutschen Wirtschaft – BDI, Daimler, BMW, Bayer, BASF, ThyssenKrupp u. a.), Rohstoffsicherungen durch erpresserische Verträge mit armen Ländern und Verträge mit Regimes, die massiv Menschenrechte verletzen ([wie jüngst mit Kasachstan](#)), sowie gewaltsame Lösungen von Ressourcen- und Überlebenskonflikten.

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung des Rechts aller Menschen auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt kennt keine Schranke hinsichtlich privater, elitärer und antidemokratischer Verfügungen über diese Erkenntnisse und deren Nutzung. Die fehlende Anerkennung befördert eine weitere Spaltung der Gesellschaft, den Kampf um die Nutzung der wissenschaftlichen Fortschritts bis hin zur totalen Privatisierung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts. Das was unendlich immateriell reproduzierbar, also nicht privatisierbar ist, soll zum Beispiel durch Monopolisierung, Patentierung usw. künstlich privatisiert werden – das Wissen. (Vgl. [Gorz 2009: 118](#); Vgl. auch [Gorz 2004](#))

Eine Gesellschaft ohne Anerkennung der sozialen und kulturellen Grundrechte verliert jeglichen Respekt vor menschlicher Existenz, Würde und Freiheit des Menschen. Sie verletzt politische und bürgerliche Grundrechte, denn nur bedingungslos sozial-materiell abgesicherte Menschen sind nicht materiell erpressbar und ausgrenzbar hinsichtlich ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten. Eine "Postwachstumsgesellschaft" ohne die gleichen Mitwirkungsmöglichkeiten für alle zur Gestaltung dieser Gesellschaft läuft auf eine undemokratische, schlimmstenfalls diktatorische Gesellschaft hinaus, in der sich Macht- und soziale Verhältnisse verschärfen, in der sich die Gesellschaft weiter spaltet und gewaltsame Konfliktlösungen zu befürchten sind.

Alle angedeuteten Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen ohne die Anerkennung der genannten Rechte gefährden Entwicklungen in Richtung einer nachhaltigen Postwachstumsgesellschaft und gefährden die Stabilität und Dauerhaftigkeit mglw. bereits gestalteter Postwachstumsgesellschaften bzw. -ökonomien.



*Definitionen:*

Als *nachhaltige Postwachstumsgesellschaft* wird hier eine Gesellschaft bezeichnet, die sich unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen stabil und dauerhaft reproduziert.

Als *nachhaltige Postwachstumsökonomie* wird hier eine stabile Ökonomie bezeichnet, die unter der Bedingung einer starken Reduktion des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen lebensnotwendige Güter produziert und Dienstleistungen anbietet.

## **5. Recht auf Natur, soziale, kulturelle und politische Grundrechte, das Recht auf Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt und die Bedingungslosigkeit der Existenz und Teilhabesicherung**

Im Folgenden wird auf die sozial-materielle Dimension der genannten Rechte eingegangen.

Das Recht auf Natur, die Absicherung der sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte und das Recht auf einen Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt sind bereits hinsichtlich ihrer Verdienstlosigkeit und Unabhängigkeit von einer Gegenleistung als bedingungslos menschenrechtlich begründbar (erste Dimension der Bedingungslosigkeit). Sie müssen auch bedingungslos hinsichtlich der Bedürftigkeit sein, also ohne eine Bedürftigkeitsprüfung (sozialadministrative Einkommens-/Vermögensprüfung) jedem Menschen garantiert werden (zweite Dimension der Bedingungslosigkeit), sollen sie tatsächlich dem Anspruch von Grundrechten gerecht werden.

Warum?

1. Weil jegliche Form von Bedürftigkeitsprüfungen diskriminierend und stigmatisierend ist und systematisch bedürftige Menschen von der Inanspruchnahme sozialer, kultureller und damit auch von der Wahrnehmung politischer Grundrechte

ausschließt. (Stichwort verdeckte Armut, in Deutschland bei bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherungen ca. 50 Prozent; Vgl. [Becker / Hauser 2010: 138](#))

2. Weil Bedürftigkeitsprüfungen Menschen in Bürger zweier Klassen aufteilen, in die Klasse der von sozialen Zuwendungen Abhängigen und in die Klasse der nicht davon Abhängigen, die die Zuwendungen (angeblich) erwirtschaften. Das hat nachteilige Auswirkungen hinsichtlich Respekt und Anerkennung im demokratischen Diskurs gegenüber den die Zuwendung Beziehenden. Erschwerend kommt hinzu, dass die eine Zuwendung Beziehenden in der Gesellschaft die Minderheit bilden und somit strukturell bedingt politisch unterlegen sind.

3. Weil Bedürftigkeitsprüfungen zu Neiddebatten führen (warum bekommt der eine Zuwendungsleistungen, warum der andere nicht; leben auf Kosten anderer), die die Anspruchsgarantie und existenz- bzw. teilhabesichernde Höhe der Zuwendungen in Frage stellen.

4. Weil Bedürftigkeitsprüfungen private und institutionelle Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten befördern – und damit grundlegende Freiheitsrechte gefährden.

5. Weil das Recht auf Natur und das Recht auf Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt das Recht aller Menschen ist, somit auch das Recht der Verfügung über die Anteile daran unabhängig von der Bedürftigkeit des Einzelnen besteht. (Vgl. zu den Punkten auch [Blaschke 2010 a: Kapitel 1.3 und 1.4](#))

Alle diese fünf Nachteile bzw. Probleme erledigen sich größtenteils mit einem Zugang zu Ressourcen der Existenzsicherung und Teilhabe, der ohne eine Bedürftigkeitsprüfung möglich ist.

Die dritte Dimension der Bedingungslosigkeit besteht nicht nur darin, dass Grund- als Menschenrechte Rechte für alle Menschen sind, sondern auch darin, dass jede und jeder auch die gleichen Rechte an jedem Ort seines Lebens wie die anderen an diesem Ort Lebenden hat. (Vgl. Kopp 2011, auch [Ekardt 2011](#))<sup>3</sup> Das bedeutet letztlich, dass die Menschenrechte konsequent aus dem Korsett *staatsbürgerlicher* Voraussetzungen und Vorbehalte gelöst werden müssen, was angesichts der fortschreitenden Globalisierung von Produktion, Wissenschaft, Kultur und politischer

---

<sup>3</sup> Das hieße, dass nicht nur eine globale Universalität hinsichtlich der sozialen und kulturellen Rechte, sondern auch der politischen Rechte – im Sinne einer Weltbürgerschaft – begründet werden müsste.

Zusammenhänge und ebenso der Umweltprobleme und Probleme der Ressourcennutzung schon längst überfällig ist. (Vgl. dazu auch die [Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte](#))

Die vierte Dimension der Bedingungslosigkeit ist mit der ausreichenden Höhe der Existenz- und Teilhabesicherung verbunden. Eine nicht die Existenz sichernde und nicht die (Mindest-)Teilhabe ermöglichende Absicherung nötigt existenziell und durch Ausgrenzungen zu Gegenleistungen oder bedürftigkeitsgeprüften Aufstockungen, führt zu persönlichen bzw. institutionellen Abhängigkeiten und Erpressbarkeiten. Die Wirkkraft o. g. Dimensionen der Bedingungslosigkeit wird dadurch geschwächt bzw. ganz aufgehoben.

Das Recht auf Natur, soziale, kulturelle und politische Grundrechte und das Recht auf Anteil am wissenschaftlichen Fortschritt sind bedingungslos zu garantieren. Sie können in sozial-materieller Hinsicht in monetärer Form (Grundeinkommen als Transferleistung) und in nicht monetärer Form (gebührenfreier Zugang zu öffentlichen Gütern, zur öffentlichen Daseinsvorsorge und zu öffentlichen infrastrukturellen bzw. Dienstleistungsangeboten) angeeignet werden. Über die konkreten Kombinationen und gegenseitige Ergänzungen monetärer und nicht monetärer Formen ist demokratisch zu entscheiden.

## **6. Definition Grundeinkommen**

Wenn von einem Grundeinkommen gesprochen wird, ist ein bedingungsloser individuell garantierter Zugang zu Ressourcen für die Sicherung der Existenz und für die Ermöglichung der gesellschaftlichen (Mindest-)Teilhabe in Form eines individuell garantierten, monetären Anspruchs aller Menschen gemeint, der nicht mit einem Zwang zur Arbeit oder zur Gegenleistung und nicht mit einer sozialadministrativen Bedürftigkeitsprüfung (Einkommensprüfung, Vermögensprüfung) verbunden ist. (Vgl. [Netzwerk Grundeinkommen](#)) Informationen zum Grundeinkommen und zu [derzeit diskutierten Grundeinkommenskonzepten](#) sowie [Antworten auf häufig gestellte](#)

[Fragen](#) zum Grundeinkommen finden sich auf der Website des [Netzwerks Grundeinkommen](#).

## **7. Argumente für eine demokratische, solidarische und freie Postwachstumsgesellschaft mit bedingungsloser Absicherung der Existenz und (Mindest-)Teilhabe**

### 1. Demokratische, solidarische Gesellschaft und liberale Demokratie

Eine Ökonomie, die nicht in demokratische Entscheidungsprozesse aller Gesellschaftsmitglieder eingebunden ist, ist das Gegenteil einer Ökonomie, in der die Eigentümer/innen der Natur (Recht auf Natur) und des wissenschaftlichen Fortschritts über den sinnvollen Einsatz von Ressourcen aller Art (Natur, Maschinerie, Wissenschaft, Arbeitskraft/-zeit) zur Produktion und damit auch über Konsumtionsmöglichkeiten entscheiden. Nur wenn alle Mitglieder das Recht auf Mitbestimmung in Fragen der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion haben<sup>4</sup>, kann eine "entbettete" Ökonomie (vgl. [Polanyi 1973](#)) tatsächlich wieder gesellschaftlich eingebettet werden. Diese gesellschaftliche Bestimmtheit von Ökonomie ist letztlich eine politische, sprich Herrschaftsfrage: "Der politische Inhalt des Konflikts zwischen Kapital und lebendiger Arbeit liegt gerade auf der Ebene von Produktionsentscheidungen, also der inhaltlichen Bestimmung von Bedürfnissen und der Art und Weise ihrer Befriedigung. Letztlich geht es um die Macht, über den Zweck und die gesellschaftliche Verwendung der Produktion zu entscheiden, das heißt, über die Art und Weise des Konsums, zu welchem sie bestimmt ist, und über die sozialen Beziehungen, die diese Art des Konsums festlegt." ([Gorz 1999: 52](#); zum Thema Bestimmung von Bedürfnissen im Kapitalismus siehe auch den Anhang) Aber es gilt auch zu beachten: "Arbeit und Kapital sind aufgrund ihres Antagonismus grundlegend Komplizen, insofern ihr entscheidendes Ziel das 'Geldverdienen' ist" – und "der auf ein Ware reduzierte Arbeiter nur von Waren träumt." ([Gorz 2009: 100](#)) Das heißt, dass eine bestimmte Gruppe innerhalb der Lohnabhängigen keineswegs

---

<sup>4</sup> Aus Begrenzungsgründen kann hier nicht über konkrete Formen der Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie deren Institutionalisierungen diskutiert werden.

gewillt sein muss, die Produktions- und Konsumtionsfrage im Sinne einer nachhaltigen Postwachstumsgesellschaft zu stellen und zu beantworten.

Tatsächlich demokratische Entscheidungsprozesse über das Ob, Was und Wie der Produktion (und damit der Konsumtion) sind nur aufgrund freier demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten möglich. Freie demokratische Entscheidungsmöglichkeiten sind Entscheidungsmöglichkeiten, die unter anderem sozial-materiell bedingte Erpressbarkeiten, Diskriminierungen und Stigmatisierungen von Menschen und Menschengruppen ausschließen, die also durch die Anerkennung sozialer und kultureller Grundrechte bedingungslos abgesichert sind. Die wechselseitige Anerkennung sozialer und kultureller Grundrechte der Menschen untereinander ist die höchste Form der Solidarität der Menschen untereinander, weil sie die *Freiheit von* materieller Not, Erpressbarkeit, Diskriminierung und die *Freiheit zur* sozial-materiell abgesicherten Teilhabe jedes Menschen anerkennt.

Demokratische und solidarische Gesellschaften können auch als liberale Demokratien (Vgl. [Bauman 2000: 236 ff. und 257 ff.](#), Vgl. [Ekardt 2011](#)) bezeichnet werden, die auf der Grundlage der individuellen Freiheit von Not und persönlichen Abhängigkeiten Fragen der Ökologie, der Ökumene und der Ökonomie diskutieren und entscheiden.

## 2. Bedarfsorientierte, kooperative, solidarische und freie Produktion statt fremdbestimmter Produktion und Konsumtion

Demokratie bei der Bestimmung grundlegender Produktions- und Konsumtionsziele, ermöglicht eine bedarfsorientierte Produktion, denn demokratische Prozesse allein können grundlegende Bedürfnisse der Produktion und Konsumtion abbilden – Marktprozesse unter dem Diktat des Konkurrenz- und Profitprinzips bestimmen Produktion und Konsumtion von anderen Zielstellungen her.<sup>5</sup> Die gesellschaftliche Demokratie bei der Bestimmung grundlegender Produktions- und Konsumtionsziele wird ergänzt durch eine demokratische Kooperation bei der unmittelbaren Produktion

---

<sup>5</sup> Aus Begrenzungsgründen kann hier nicht diskutiert werden, ob ein Markt im heutigen Sinne weiterbestehen und welche Funktionen der Markt übernehmen soll.

Sie erfolgt unter Einbeziehung der direkt in der Produktion Tätigen und der direkt von dieser Produktion Betroffenen – vom Mitbestimmungsrecht zum Beispiel der Anwohner/innen im Umfeld der Produktion bis zum Mitbestimmungsrecht der Verbraucher/innen über die konkrete Produktion. Dabei werden Bedarfe und Produktionsziele konkretisiert. Die Solidarität in einer demokratisch gesteuerten ökonomischen Kooperation besteht nunmehr darin, dass in dieser Produktion das Bedürfnis der anderen anerkannt und deren Bedürfnisbefriedigung zum großen Teil individuelles Bedürfnis der Produzent/inn/en ist (Stichwort partielle Aufhebung der Entfremdung).

Kooperative und solidarische Formen der unmittelbaren Produktion sind zwangsläufig auch freie ökonomische Kooperationen – das heißt jede und jeder ist frei in seiner Entscheidung im demokratischen Prozess *und* in der Produktionsmitwirkung, was wiederum die bedingungslose Absicherungen der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe voraussetzt. Eine Kooperation ohne Freiheit ist eine erzwungene Kooperation und keine solidarische Kooperation. Eine freie Kooperation liegt dann vor, wenn a) die überkommene Verteilung von Verfügungsgewalt, Besitz, Arbeit sowie geltende Regeln der Kooperation jederzeit von allen Beteiligten neu aushandelbar sind, es b) allen Beteiligten freisteht, über ihre Kooperationsleistungen und ihre Mitgliedschaft in der Kooperation selbst zu entscheiden und c) der Preis, den diese Entscheidungen verlangen, für alle gleich und zumutbar ist. (Vgl. [Spehr 2003: 44](#)) "In einer freien Kooperation sind die Beteiligten frei, sich der Kooperation zu entziehen, d. h. sie zu verlassen; sie sind frei, ihre Kooperationsleistungen einzuschränken oder unter Bedingungen zu stellen, um dadurch Einfluss auf die Regeln zu nehmen. Freie Kooperation hat zur Voraussetzung, dass alle Beteiligten diese Form der Einflussnahme (oder der Aufkündigung) auch praktizieren können [...]." ([Spehr 2003: 48](#)) Die notwendige materielle Bedingung einer solchen freien (ökonomischen) Kooperation ist das Grundeinkommen als einer Form der sozial-materiellen Untersetzung politischer Gleichheit.

Das Gegenteil einer kooperativen, solidarischen und bedarfsorientierten Ökonomie ist die Konkurrenz- und Profitökonomie, die kapitalistische Ökonomie. Kapitalistische

Ökonomie ist eine Herrschaftsökonomie, in der das Konkurrenz- und Profitprinzip vorherrscht. Konkurrenz- und Profitprinzip sind Wachstumspeitschen. In einer demokratisch gestalteten Ökonomie wird die (Vor-)Herrschaft der Konkurrenz und des Profits beseitigt. Die dem Konkurrenz- und Profitsystem innewohnende Tendenz aus Geld mehr Geld' zu machen, mit der dinglichen Ware bzw. der wertsymbolisch aufgeladenen dinglichen Ware (Vgl. [Gorz 2009: 116](#)) als Vehikel (oder ohne dingliche Ware auf dem Finanzmarkt), wird zugunsten des Bedarfsprinzips aufgehoben. Der wachstumsmindernde Zusammenhang von Demokratie und Produktion/Konsumtion kann auch anhand der der Konkurrenz- und Profitökonomie innewohnenden Tendenzen der "Produktion von konsumtiven Bedürfnissen" (durch Erziehung, Werbung, symbolische Werthaltigkeit etc.) und der Beförderung der verschiedenen [Formen von Obsoleszenzen](#) (also von künstlich bewirktem materiellen und immateriellen Verschleiß von Produkten und Dienstleistungen) dargelegt werden: Demokratische Prozesse, und erst recht solche in solidarischen und freien Kooperationen, orientieren von der Tendenz her auf Arbeitersparnis, "Produktion von demokratischen und kulturellen Bedürfnissen", auf haltbare und langlebige Produkte statt auf die künstliche Ausweitung der Produktion und auf die Produktion von konsumtiven Bedürfnissen.

Grundsätzlich zu den Punkten 1 und 2:

Kooperative und solidarische Formen der Produktion vermitteln gesellschaftliche (globale, nationale, regionale, lokale und individuelle) Arbeitsteilungen und Distributionen mit demokratisch regulierten Mitteln (demokratisch regulierter Allokationsmechanismus in Produktion und Verteilung). Die Art der Distribution und Zuweisung ist demokratisch zu diskutieren und entscheiden.

### 3. Gesellschaftliche bedarfsorientierte Konsumtion

Öffentliche Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und Dienstleistungen werden ebenfalls demokratisch bestimmt und organisiert – sowohl von den Produzent/inne/n als auch den Nutzer/inne/n. Auch hier sind gemäß den Prinzipien sozialer und kultureller Grundrechte bedingungslose Zugänge zur öffentlichen Daseinsvorsorge, zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen zu ermöglichen. Der

bedingungslose Zugang ist Bestandteil einer freien Demokratie, die auch auf die Freiheit von sozial-materieller Erpressbarkeit, Diskriminierung und Stigmatisierung setzt.

Ein ausgewogene Balance zwischen öffentlich-staatlich und lebensweltlich bzw. persönlich organisierter Daseinsvorsorge ist demokratisch zu bestimmen, weil hier auch hier unterschiedliche Erwägungen hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der Unterordnung unter ökonomische Rationalitäten (Vgl. [Gorz 2009: 111](#)), der Selbstbestimmung und auch des Verbrauchs von natürlichen Ressourcen abzuwägen sind.

#### 4. Individuelle (materielle) Konsumtion

Individuelle Konsumtionsverhältnisse sind Bestandteil der gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnisse.<sup>6</sup>

Individueller materieller Konsum und Konsumsteigerung hat verschiedene Gründe: Bedürfnisbefriedigung, Statussicherung und -gewinnung, Kompensation fehlender Bedürfnisbefriedigung infolge entfremdeter Arbeit und entfremdeter gesellschaftlicher Verhältnisse, Kompensation fehlender Sinnerfüllung wegen nicht erfüllender und nicht anregender Tätigkeiten, Abbau von Stress und Überarbeitung, Kompensation von Prekarität. Materieller Konsum und Konsumsteigerung sind Produktionserfordernis und -peitsche zugleich. Eine demokratische und solidarische Gesellschaft, die eine freie, kooperative Ökonomie ermöglicht, führt zu einem minimierten individuellen Konsum, weil

- die kooperative Produktion demokratisch und bedarfsorientiert gestaltet ist, nicht produktions-/konsumtionsorientiert gemäß dem Profit-/Konkurrenzprinzip,

---

<sup>6</sup> Beispiel kapitalistische Macht- und Produktionsverhältnisse: "Wenn der Kapitalist einen Teil seines Kapitals in Arbeitskraft umsetzt, verwertet er damit sein Gesamtkapital. Er schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Er profitiert nicht nur von dem, was er vom Arbeiter empfängt, sondern auch von dem, was er ihm gibt. [...] Innerhalb der Grenzen des absolut Notwendigen ist daher die individuelle Konsumtion der Arbeiterklasse Rückverwandlung der vom Kapital gegen Arbeitskraft veräußerten Lebensmittel in vom Kapital neu exploitierbare Arbeitskraft. Sie ist Produktion und Reproduktion des dem Kapitalisten unentbehrlichsten Produktionsmittels, des Arbeiters selbst. Die individuelle Konsumtion des Arbeiters bleibt also ein Moment der Produktion und Reproduktion des Kapitals, ob sie innerhalb oder außerhalb der Werkstatt, Fabrik usw., innerhalb oder außerhalb des Arbeitsprozesses vorangeht, ganz wie die Reinigung der Maschine, ob sie während des Arbeitsprozesses oder bestimmter Pausen desselben geschieht." (Marx 1985: 597)



- entfremdete Arbeit und eben solche gesellschaftliche Zustände des Öffentlichen durch eine radikale Demokratisierung aller öffentlichen Bereiche und Anerkennung sozialer, kultureller und politischer Grundrechte zurück gedrängt werden,
- die in den entfremdeten Bereichen materiell erworbenen/zu erhaltenden Statuszuschreibungen ebenfalls zugunsten der Anerkennung und Statuszuschreibung gemäß der Teilhabe am demokratischen Prozess und an Bildung sowie gemäß musischer Fähigkeiten zurückgedrängt werden,
- eine bedingungslose Absicherung der grundlegenden Bedürfnisse zur Sicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe (also eine Entprekariisierung) die Notwendigkeit der Kompensation der Prekarität durch individuellen Konsum beseitigt,
- eine bedingungslose Absicherung die Wahl erfüllender und anregender (ökonomischer) Tätigkeiten ermöglicht.

Genannte Tendenzen haben eine enorme Auswirkungen auf den individuellen Konsum. Bloße Appelle an Menschen, den individuellen Konsum einzuschränken, können in Einzelfällen bzw. im geringen Maße helfen, sind aber, wie die Erfahrung zeigt, relativ wirkungslos. Um es in Anlehnung an [Werner Rätz](#) zu formulieren: Appelle sind fast nutzlos und sogar schädlich. Schädlich, weil sie die strukturellen Ursachen der unsinnigen und ressourcenverschlingenden Produktion und Konsumtion systematisch ausblenden. Oder mit einer anderen Formulierung aus einem [Beitrag von Werner Rätz und anderen](#) auf den Punkt gebracht: Statt Verdammung "falscher" Bedürfnisse brauchen wir eine demokratische Debatte über Inhalt und Gestaltung der Produktion – somit letztlich auch über die Konsumtion. Ein demokratisch und frei von sozial-materieller Erpressung, Abhängigkeit und Diskriminierung geführter Diskurs über Sinn und Zweck von Produktion und (individueller) Konsumtion hat viel weiter greifende Wirkungen als ein Appell. Ein Diskurs ist nachhaltig: "Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden." ([Attac-Vorbereitungsgruppe 2011](#))

## 5. Individuelle Produktion

Individuelle Produktion (private Subsistenz) ist ein Komplement und kein Gegensatz der kooperativen Produktion. Auch sie ist durch die Nutzung dazu nötiger Produktionsmittel und Gegenstände eingebunden und nicht losgelöst von demokratischen Regulationen der Produktion und Konsumtion, daher ist auch diese Ökonomie nicht "entbettet" und kann hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs reguliert werden. Außerdem werden individuelle Produktionen durch eine bedingungslose Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe von der Existenznotpeitsche befreit und freier gestaltbar. Es gilt: Die Produktion für sich selbst ist gebunden an den eigenen Bedarf. Eine Überschussproduktion ist sinnlos.

## **8. Zusammenfassung: Argumente für ein Grundeinkommen auf dem Weg und in einer Postwachstumsgesellschaft**

Das Grundeinkommen (oder ihm adäquate Formen gebührenfreier Zugänge zu Ressourcen der Existenz- und Teilhabesicherung) befördert eine freie, demokratische und solidarische Gesellschaft.

Eine freie, demokratische und soldarische Gesellschaft beseitigt

Wachstumsbeschleuniger und Wachstumspeitschen

- auf gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene: private Aneignung der Ressourcen für die Produktion, die damit verbundene Produktion gemäß dem Konkurrenz- und Profitprinzip und dem impliziten Zwang zur Konsumtion
- auf individueller Ebene: Entfremdung, Prekarität und Ängste vor sozialer Not und Ausgrenzung.

Auf individueller Ebene bewirkt das Grundeinkommen, da es freie ökonomische Kooperationen befördert, freiere Entscheidungsmöglichkeiten und -verantwortlichkeiten des Einzelnen, seine Kooperationsleistungen einzuschränken oder zu versagen, wenn zum Beispiel Naturre Ressourcen verschleudernde Produktionen Ziele der Kooperationen sein sollen/sind.

Auf gesellschaftlicher und individueller Ebene befördert das Grundeinkommen die Neugründung von freien ökonomischen und anderen Kooperationen, die ressourcenbewusst produzieren und konsumieren.

Auf individueller Ebene befördert das Grundeinkommen freie Zeiten für Muße und Muse als Zeiten zur Reflexion eigener Freiheit und Verantwortung sowie zur Erlangung gesellschaftlicher Anerkennung jenseits markt- und konsumorientierter Statuszuschreibungen. Auf gesellschaftlicher Ebene wird die gerechtere Verteilung verschiedener gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten (zum Beispiel durch Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung) durch ein Grundeinkommen unterstützt.

Auf gesellschaftlicher Ebene befördert das Grundeinkommen eine Umverteilung (im nationalen und globalen Maßstab) und somit eine erhöhte Akzeptanz der Veränderung der Arbeits- und Lebensgewohnheiten zugunsten wirtschaftlicher Schrumpfung, zugunsten eines geringeren Konsums und somit zugunsten eines geringeren Verbrauchs natürlicher Ressourcen.

Auf gesellschaftlicher und individueller Ebene kann das Grundeinkommen den Ressourcenverbrauch senken, zum Beispiel indem das Grundeinkommen mit Steuern auf den Verbrauch von Naturressourcen und Energieverbrauch bzw. mit der Abschaffung von Subventionen, die Wachstum und den Verbrauch von natürlichen Ressourcen vorantreiben, verbunden ist. Beispiele sind: Ökobonus/Ökogrundeinkommen (Vgl. [Schachtschneider 2011](#)), Umlenkung der Subventionierung des Flugverkehrs in die Finanzierung eines Grundeinkommens (Vgl. [Paech 2011](#)), Besteuerung des Primärenergieverbrauchs ([BAG Grundeinkommen DIE LINKE](#)) bzw. Steuern auf umweltschädigende Stoffe ([BDKJ](#)) zur Finanzierung des Grundeinkommens. Durch die Nutzung dieser Finanzierungsquellen für das Grundeinkommen wird eine [ökologische Steuerung im Sinne eines geringeren Ressourcenverbrauchs mit einer sozialen Steuerung im Sinne einer Umverteilung von oben nach unten verbunden](#), da Grundeinkommen den unteren Einkommensschichten zugute kommen.

## 9. Umverteilung und Grundeinkommen: Wachstumsbremse oder Wachstumsbeschleuniger?

1. Argument individuelle Ebene: Umverteilung von oben nach unten befördert Akzeptanz der notwendigen Veränderung des ressourcenverschwendenden Lebensstils

"Angesichts des notwendigen Schrumpfens der Ökonomie und angesichts der zunehmenden Ressourcenknappheit ist es notwendig, die Vorstellung zu überwinden, dass nur umverteilt werden kann, wenn die Wirtschaft wächst. Längst geht es darum, mit knappen Ressourcen solidarisch umzugehen und zu verhindern, dass sich eine Elite einen übermäßigen Naturverbrauch leisten kann, während immer größeren Bevölkerungsteilen das Nötige fehlt. Es ist genug für alle da, aber das bedeutet nicht, dass jedeR immer von allem alles haben kann. Ein aufmerksamer und verantwortungsvoller Umgang mit den ökologischen und geografischen Grenzen der Erde ist unerlässlich. Der notwendige Abschied von bisherigen Lebensgewohnheiten (jährliche Urlaubsflüge etc.) wird nur dann auf die nötige Akzeptanz stoßen, wenn in einem demokratischen Prozess darum gerungen wird, wenn es dabei gerecht zugeht und die sozialen Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen geachtet werden. Wenn in einem ersten Schritt der Konsum der Eliten, unproduktive kollektive Verschwendung und der Herrschaftskonsum beschnitten werden, dann wird den Menschen die Einsicht in die eigenen Anteile an der Verschwendungswirtschaft sehr viel leichter fallen." ([Attac-Vorbereitungsgruppe 2011](#)) Oder anders ausgedrückt: "Wer fordert, dass die Menschen ihren ökologischen Gürtel enger schnallen, der muss auch für einen gleichen Leibesumfang sorgen." (Methmann 2007: 189)

2. Argument: Individuelle und gesellschaftliche Ebene: Umverteilung befördert soziale Gleichheit, sozialen Zusammenhalt und drängt den Ressourcenverbrauch zurück

"Das zwanghafte Konsumverhalten führt die Konsumenten zu einer Vogel-Strauß-Politik: Wir leugnen die Folgen des Konsums für unser eigenes Leben. [...] Mehr

Gleichheit ist der Schlüssel, denn dieses Mehr würde den Konsumdruck verringern, der unser soziales Zusammenleben prägt. Wachstum ist eine Ersatzdroge für Einkommensgleichheit. [...] Je mehr Einkommensgleichheit, umso weniger brauchen wir die Ersatzdroge. Mehr Gleichheit ist Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum." Und: "In Gesellschaften mit mehr materieller Gleichheit sind der soziale Zusammenhalt und auch das gegenseitige Vertrauen der Menschen stärker; beides fördert das Gemeinschaftsgefühl. [...] Ein Mehr an Gleichheit kann uns helfen, eine öffentliche Moral zu entwickeln, die auf wechselseitige Verpflichtung und Zusammenarbeit gerichtet ist." ([Wilkinson / Pickett 2009: 253 und 261](#))

3. Argument: Globale Ebene: Globale Umverteilung (zum Beispiel durch Nord-Süd-Transfers) befördert Senkung des Ressourcenverbrauchs

"Die politischen Auseinandersetzungen um eine gerechte Sozialpolitik unter dem Vorzeichen knapper werdender Ressourcen können nur im Blick auf die globale Situation geführt werden. Soziale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den arm gemachten Ländern des Südens anerkennen." ([Attac-Vorbereitungsgruppe 2011](#)) Neben der Förderung der nationalen und regionalen Subsistenz der armen Länder, der Zurückdrängung des billigen Imports in und billigen Exports aus diesen Ländern können auch Transferzahlungen aus den reicheren Ländern in die ärmeren Länder (im Sinne Reparation für vergangene Ausplünderungen und Ausbeutungen und im Sinne der Entgeltung für die Nichtantastung/-ausbeutung von Naturressourcen, Vgl. [Blaschke 2010 b](#)) der Umverteilung von reichen zu armen Ländern dienen. Diese Transfers können u. a. für Mindest-/Grundeinkommenssysteme (Vgl. [Künnemann 2007](#)) sowie für eine gebührenfreie öffentliche Daseinsvorsorge, Infrastrukturen und Dienstleistungen genutzt werden. Wir brauchen ein von reichen Ländern mitfinanziertes Grundeinkommen statt Ausbeutung von Naturressourcen in ärmeren Ländern!

Zu beachten ist, dass mit diesen Beispielen auch Argumente für eine Wachstumsbeschränkung bis -senkung bei gleichzeitiger Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft/Welt gegeben worden sind.

*Gegenargument: Umverteilung von oben nach unten bzw. von reich zu arm (z. B. durch ein Grundeinkommen) würde Konsum und damit Wachstum ankurbeln, hätten doch die Ärmeren durch die Umverteilung mehr Kaufkraft!*

1. Was den Ärmeren durch Umverteilung gegeben wird, wird oben bzw. Reicheren entzogen, und zwar bei deren Kaufkraft. Darüber hinaus werden aber die Möglichkeiten der Reichen, Kapital zu akkumulieren und dieses in Produktion zu investieren, minimiert. Kapital für Investitionen ist aber ein enormer Wachstumstreiber (Vgl. [Rätz o. J.](#)). Ein umverteilendes Grundeinkommen minimiert also Investitionsmittel und damit den Ressourcenverbrauch.
2. Verstärkt wird die ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung des umverteilenden Grundeinkommens, wenn diese Umverteilung darüber hinaus mit Maßnahmen verbunden ist, die den Ressourcenverbrauch durch Steuern direkt verteuern und so auf dessen Minimierung hinwirken (siehe die in Kapitel 8 angeführten Beispiele).
3. Eine ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung ergibt sich aber aus den oben genannten gesellschaftlichen Beförderungen bzw. Wirkungen, die mit dem Grundeinkommen verbunden sind: Freiheitsgewinn, Förderung der Demokratisierung, Solidarität und alternativer, nicht konsumistischer Formen des Wirtschaftens und Lebens.

Man könnte sogar angesichts der Argumente 1 und 3 folgende Hypothese wagen: Je höher das Grundeinkommen, und damit die Umverteilung von oben nach unten, desto größer ist die ressourcenverbrauchsmindernde Wirkung des Grundeinkommens.

## **10. Ausblick: Demokratie und Kulturgesellschaft als entscheidender Produktionsfaktor – mit Wirkungen in Richtung eines geringeren Ressourcenverbrauchs**

Eine *neue politische Ökologie* der eingebetteten Ökonomie muss die Frage beantworten, wie die Ökumene die Ökologiefrage politisch beantworten kann. Das hatte ich mit der radikalen Demokratisierung und Freiheitsgewährung beschrieben. Ich komme aber auch zum Schluss, dass die politische Ökologie der nachhaltigen Postwachstumsgesellschaft letztlich "Produktion" neu beschreibt, und zwar so, dass der entscheidende Produktionsfaktor die demokratische Kulturgesellschaft selbst ist. Damit wird auch gegen die These von André Gorz argumentiert, dass das "lebendige Wissen" Hauptproduktivkraft in einer modernen Gesellschaft sei (Vgl. [Gorz 2004](#); [Gorz 2009: 114](#)). Der Grund: Die konkrete Entwicklung und Anwendung des "lebendigen Wissens", auch im produktiven Sinne, findet stets innerhalb gesellschaftlich gesetzter Rahmenbedingungen statt.

Die These von der demokratischen Kulturgesellschaft als entscheidender Produktionsfaktor – noch dazu mit Wirkungen in Richtung eines geringeren Verbrauchs natürlicher Ressourcen – beinhaltet zwei Dimensionen, die gesellschaftliche und die individuelle:

Gesellschaftliche Dimension:

Zum entscheidenden Produktionsfaktor werden kulturelle und demokratische Prozesse. Denn sie sind Ausgangspunkt der Produktions-/Konsumtionsentscheidungen der unmittelbaren Ökonomie. Kulturelle Prozesse sind Aufklärungs- und Bildungsprozesse in der gesamten Vielfalt (institutionell, kollektiv, individuell, in Form von Muße, Muse usw. – auch als Wettstreit –). Demokratische Prozesse sind Aushandlungsprozesse (Sprechen und Handeln, Vgl. [Arendt 1999](#)) im öffentlichen Raum und über öffentliche Angelegenheiten, die sozial-materiell und mittels verfügbarer öffentlicher Räume abgesichert sein müssen.

Kulturelle und demokratische Prozesse verlangen viel Zeit, die der unmittelbaren ökonomischen Produktion und Konsumtion entzogen wird (gesellschaftliche Entschleunigung). Sie drängen auch dazu, Arbeitszeiten zu verkürzen und gerechter

zu verteilen, damit jede/r die gleichen Zeit-Möglichkeiten für die Teilhabe an kulturellen und demokratischen Prozesse hat. In einer demokratischen Kulturgesellschaft wird das Wettstreitprinzip befördert und das Konkurrenzprinzip dagegen behindert.

Darüber hinaus: Demokratische und kulturgesellschaftliche Entwicklungen sind auch notwendige Antworten auf die Zunahme der wissensbasierten Produktion und eng verbunden mit der Entwicklung einer selbstreflexiven Wissensgesellschaft. Denn die Anwendung von "lebendigem Wissen" in einer komplexen Gesellschaft und ein erhöhtes Maß gesellschaftlicher und individueller Selbstreflexivität fordert geradezu intensivere kulturelle und demokratische Prozesse heraus, die hierbei als Normativ- und Reflexionsproduzenten gelten.

Interessant ist dabei, dass nicht nur die demokratische Kulturgesellschaft nach universalistischen Absicherungen der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe verlangt. Die wissensbasierte Produktion und selbstreflexive Wissensgesellschaft selbst hat zur Folge, dass a) der individuelle Leistungsanteil immer schwieriger eindeutig bestimmbar ist, weil "Wissen" gesellschaftlich (Re-)Produziertes ist, dass b) überhaupt Arbeitsleistung immer schwieriger eindeutig bestimmbar ist, weil die Leistungsbestimmungen in einer selbstreflexiven Gesellschaft permanent hinterfragt werden können (Vgl. [Füllsack 2006](#), auch [Blaschke 2007](#)), und dass c) die wissensbasierte Arbeit (also Arbeit, die imaginative, kommunikative, kognitive, kreative usw. Fähigkeiten verlangt), nicht mehr allein nach der Zeit messbar und damit auch nicht allein gemäß der Zeit bewertbar (entlohnbar) ist, die man mit ihr zubringt. Denn die genannten Fähigkeiten entwickeln sich sozusagen jederzeit und überall (Vgl. [Gorz 1999](#); [Gorz 2009: 116](#)).

Auch vor diesem Hintergrund wird also deutlich, dass sich die Distribution der Zugänge zur Sicherung der Existenz und Teilhabe sich weniger an Arbeitsleistung und Arbeitszeit und stärker als bisher an der grundsätzlichen Ermöglichung der individuellen Teilhabe an gesellschaftlicher Selbstreflexion und Wissensproduktion sowie an demokratischer Entscheidungsausübung orientieren muss (Stichwort demokratischer Sozialstaat, Vgl. [Lessenich / Möhring-Hesse 2004](#)) – beides sind Begründungen für Grundeinkommen und gebührenfreie öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen.



Die individuelle Seite einer demokratischen Kulturgesellschaft ist mit der Ausweitung individueller Möglichkeiten für Muße, Muse, für die Entwicklung individuell vielfältiger Fähigkeiten und Kompetenzen ("lebendiges Wissen", auch bezüglicher demokratischer Partizipation), die die unmittelbare Produktion und Konsumtion prägen, beschrieben – diese Ausweitung bedarf einer grundlegenden und unangefochtenen sozial-materiellen Absicherung in Form eines Grundeinkommens ("Demokratiepauschale") und ebenso vielfältiger Frei-Räume im Sinne öffentlicher Angebote, Infrastrukturen und im-/materieller Produktionsstätten zur Entwicklung individueller Fähigkeiten und Kompetenzen, wie sie zum Beispiel [André Gorz](#) beschrieben hat. Außerdem entschleunigt die Ausweitung der Muße und Muse individuelle Lebensabläufe und entzieht dem Konsum die Zeit. Diese Frei-Zeiten dienen der "Produktion des Selbst", der autonomen Produktion eigener Bedürfnisse, welche ebenfalls auf die Ziele und Gestaltungen der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion und auf die individuelle Konsumtion zurückwirkt. (vgl. Anhang)

Eine demokratische Kulturgesellschaft verdrängt die produktivistisch-konsumistische Ausrichtung der Gesellschaft und der Individuen und wird selbst entscheidender Produktionsfaktor. Das wirkt sich mindernd auf den Verbrauch von natürlichen Ressourcen in der gesellschaftlichen Produktion und individuellen Konsumtion aus.

Das Konzept der demokratische Kulturgesellschaft versteht sich auch als ein Ansatz, der Probleme lösen möchte, die mit dem Verlust der Inklusionskraft der Erwerbsarbeit einhergehen. Status und Anerkennung lösen sich in einer demokratischen Kulturgesellschaft von materiellen Symbolen und Zuschreibungen und werden verstärkt (auch) jenseits der Erwerbsarbeit erworben. Prekarität wandelt sich in sozial-materiell abgesicherte selbstbestimmte Diskontinuität verschiedenster Tätigkeiten, Teilhabe- und Lebensformen.

## **Literaturempfehlung**

Freunden "leichter" Kost, die zum Nachdenken und Debattieren anregt, empfehle ich die ["Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral"](#) von Heinrich Böll und ["Ökotopia"](#) von Ernest Callenbach zur Lektüre.

## **Angegebene Literatur**

[Arendt, Hannah: vita aciva oder Vom tätigen Leben. München 1999.](#)

[Attac-Vorbereitungsgruppe Postwachstumskongress: Erklärung und Appell. Abschied vom Wachstumszwang – Aufbruch zum "guten Leben", 2011.](#)

[BAG Grundeinkommen DIE LINKE: Konzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE für ein bedingungsloses Grundeinkommen in existenz- und teilhabesichernder Höhe, 2010.](#)

[Bauman, Zygmunt: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg 2000.](#)

[Blaschke, Ronald. Oikos und Grundeinkommen. Ansprüche an Transformation und Emanzipation](#), in: Kurt Biedenkopf, Ralf Dahrendorf, Erich Fromm, Maik Hosang (Hrsg.), Petra Kelly u. a.: Klimawandel und Grundeinkommen. Die nicht zufällige Gleichzeitigkeit beider Themen und ein sozialökologisches Experiment. München 2008: 105 – 118.

[Blaschke, Ronald: Mythos der produktiven Arbeit. Ein neues Buch von Manfred Füllsack zum Thema Arbeit und Grundeinkommen, in: Utopie kreativ, Heft 205, November 2007: 1057 – 1062.](#)

Blaschke, Ronald: Denk' mal Grundeinkommen! Geschichte, Fragen und Antworten einer Idee, in: [Blaschke, Ronald / Otto, Adeline / Schepers, Norbert \(Hrsg.\): Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin 2010 a: 9 – 292.](#)

[Blaschke, Ronald: Ein hoffnungsvolles Projekt für eine Ökonomie, die ihren Namen verdient, 2010 b.](#)

[Becker Irene / Hauser, Richard: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge. Hans-Böckler-Stiftung, 2010.](#)

[Böll, Heinrich: Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral, 1963. \(Text \[hier\]\(#\)\)](#)  
[Bund der Deutschen Katholischen Jugend \(BDKJ\): Vision für eine gerechte Gesellschaft. Solidarität – Chance für die Zukunft, 2005.](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: [Rösler begrüßt Gründung der Allianz zur Rohstoffsicherung durch deutsche Wirtschaft, Pressemitteilung vom 30.01.2012.](#)

[Callenbach, Ernest: Ökotoxia, Berlin 1978.](#)

[Ekardt, Felix: Nachhaltigkeit, Klimapolitik und Postwachstumsökonomie, Powerpointpräsentation im Rahmen der Ringvorlesung Postwachstumsökonomie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg am 23.11.2011](#)

[Füllsack, Manfred: Zuviel Wissen? Zur Wertschätzung von Arbeit und Wissen in der Moderne, Berlin2006.](#)

[Gorz, André: Arbeit zwischen Misere und Utopie; Frankfurt/Main 2000.](#)

[Gorz, André: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie, Zürich 2004.](#)

Gorz, André: Reichtum ohne Wert, Wert ohne Reichtum, in: [Gorz, André: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich 2009: 91 – 119.](#)

[Financial Times Deutschland: Abkommen zur Rohstoffsicherung Merkel schließt umstrittenen Pakt mit Kasachstan, 07.02.2012.](#)

[Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966.](#)

[Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966.](#)

Kopp, Hagen: Die Grenzen auf! Migration und Existenzgeld, in: [Allex, Anne / Rein, Harald \(Hrsg.\): "Maschinen die Arbeit ... Uns das Vergnügen!" Beiträge zum Existenzgeld, Neu-Ulm 2011: 153 – 163.](#)

[Künnemann, Rolf: Grundnahrungseinkommen: Ein universelles Menschenrecht? 2007.](#)

[Lessenich, Stephan / Möhring-Hesse, Matthias: Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und auf Initiative ihres wissenschaftlichen Gesprächskreises, Berlin 2004:](#)

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin 1985.

Methmann, Chris: Vom Straffen des Gürtels zu einem Leben ohne Gürtel. In: [Exner, Andreas / Rätz, Werner / Zenker, Birgit \(Hrsg.\): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien 2007.](#)

[Paech, Niko: Grundzüge einer Postwachstumsökonomie, o. J.](#)

[Paech, Niko: Thesen zum Thema Wachstumskritik und Grundeinkommen, 2011.](#)

[Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte](#)

[Polanyi, Karl: The Great Transformation - Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main 1973](#)

[Rätz, Werner: Wachstumskritik und Grundeinkommen, o. J.](#)

[Rätz, Werner: Alle individuellen Appelle sind nutzlos und schädlich, 2011.](#)

Rätz, Werner / Meisterernst, Doris / Paternoga, Dagmar (Attac AG Genug für Alle):  
Statt Verdammung »falscher« Bedürfnisse: Demokratische Debatte über Inhalt und  
Gestalt der Produktion, in: [Rätz, Werner / von Egan-Krieger, Tanja / Muraca, Barbara  
Passadakis, Alexis / Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea \(Hrsg.\): Ausgewachsen!  
Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Ein Projekt von Attac.  
Hamburg 2011: 96 – 108.](#)

[Schachtschneider, Ulrich: Ökologisches Grundeinkommen – eine emanzipative  
Variante des Green New Deal? 2011.](#)

[Schachtschneider, Ulrich: Ökosteuer-Studie: Umverteilung durch Ökobonus möglich,  
2012.](#)

Spehr, Christoph: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation, in:  
[Spehr, Christoph \(Hrsg.\): Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien  
Kooperation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 9, Berlin 2003: 19 – 115.](#)

[Statistisches Bundesamt: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in  
Deutschland 2001/02, 2003.](#)

[Website "Commons und solidarische Ökonomie"](#)

[Website des Netzwerks Grundeinkommen](#)

[Wikipedia Obsoleszenz](#)

[Wilkinson, Richard / Pickett, Kate: Gleichheit ist Glück – Warum gerechte  
Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.](#)

---

Anhang (Auszug aus [Blaschke 2010](#))

### **5.2.6 Die Aneignung der Bedürfnisse und emanzipierte Ökonomie**

Friedrich Engels machte auf zwei grundlegende Probleme aufmerksam, die für entwickeltere kapitalistische und ebenso für alle nachkapitalistischen Gesellschaften gelten:

1. Eine einmal in Gang gesetzte Produktions-"Maschinerie" zwingt die Menschen und deren Produktionsverhältnisse unter deren Logik.
2. Eine einmal als notwendige Arbeit entschiedene Tätigkeit zieht eine Unterordnung der Menschen unter ganz bestimmte Organisations- und Produktionslogiken dieser bestimmten Arbeit nach sich.

Diese beiden Thesen können zusammen diskutiert werden, weil deren Bestimmungen miteinander verbunden sind: Ein als "notwendig" deklariertes Produktionsziel sucht sich bestimmte Produktionstechniken und -organisationen, bestimmte Produktionstechniken und -organisationen treiben zu bestimmten, als "notwendig" erachteten Produktionszielen. Mit der geschichtlich angestrebten Minimierung des Reiches der Naturnotwendigkeit entwickeln sich zugleich die Produktivkräfte (technische Möglichkeiten als auch menschliche Fähigkeiten), die diese Notwendigkeiten befriedigen sollen. Deren Befriedigung weckt aber wiederum neue "notwendige" Bedürfnisse. Es gilt, "daß das befriedigte erste Bedürfnis selbst, die Aktion der Befriedigung und das schon erworbene Instrument der Befriedigung zu neuen Bedürfnissen führt". (Marx / Engels 1983a: 28) Das Kapital, die "überflüssige Arbeit vom Standpunkt des bloßen Gebrauchswerts, der bloßen Subsistenz", hat "seine historische Bestimmung [...] erfüllt, sobald einerseits die Bedürfnisse so weit entwickelt sind, daß die Surplusarbeit über das Notwendige hinaus selbst allgemeines Bedürfnis ist, aus den individuellen Bedürfnissen selbst hervorgeht, andererseits die allgemeine Arbeitsamkeit durch die strenge Disziplin des Kapitals, wodurch die sich folgenden Geschlechter durchgegangen sind, entwickelt ist als allgemeiner Besitz des neuen Geschlechts [...]". (Marx 1983b: 244) Das Kapital würde auch die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität hervorbringen, deren Produktion und Konsumtion nicht mehr Arbeit sondern voll entwickelte Tätigkeit sei, "in der die Naturnotwendigkeit in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist; weil an die Stelle der Naturbedürfnisse ein geschichtlich erzeugtes getreten ist". (Ebenda) Geschichtlich gewordene Arbeitsamkeit und Bedürftigkeit besitzt noch lange nicht den Charakter einer der entfremdeten Naturwüchsigkeit entkleideten Tätigkeit und Bedürftigkeit. Der Mensch ist aber

nach Karl Marx ein Wesen, welches zur freien und bewußten Arbeitstätigkeit befähigt<sup>7</sup> und nicht Sklave einer ihm fremden, "naturwüchsigen" Entwicklung der Produktionsweise und einer eben solchen Entwicklung der Arbeitsamkeit und Bedürftigkeit ist. Mit dieser Wesensbestimmung des Menschen ist eine wesentliche politisch-demokratische Aneignungsstrategie im Ökonomischen und Politischen beschrieben: die reflektierte und sensible Abwägung der Folgen der als "notwendig" zu deklarierenden Produktion sowie Konsumtion und des dazu bestimmten Einsatzes von Produktivkräften (Technik, Wissenschaft, Mensch). Diese Aneignungsstrategie ist auch notwendig, wenn nicht nur die klassisch von Marx beschriebenen Entfremdungsfolgen bedacht werden. Denn das bewusste und gewollte Ausbrechen aus einer angeblich "notwendigen", entfremdeten Produktion ist auch angesichts der ökologischen Bedrohung der Natur und des Menschen nötig. Ein wichtiges Moment in der demokratischen Produktionsentscheidung bildet dabei die Beantwortung der Frage nach den Bedürfnissen, die durch die Produktion befriedigt werden sollen. *Ob etwas überhaupt produziert werden soll, ist der Frage was, wie (technisch, sozial, individuell) und wie viel davon produziert werden soll, vorgelagert.* Diese Aneignung des Ob, nämlich die Aneignung der eignen Bedürfnisse, führt ein weiteres Stück aus der Unfreiheit und Entfremdung in der Arbeit. *Sie ist die eigentlich menschliche Aneignung – weil sie die dem Menschen eigene freie, weil auch reflektierte, bewusste Entscheidungsmöglichkeit etwas zu tun oder zu lassen betrifft.* André Gorz beschreibt diese Aneignung im Hinblick auf die kapitalistische Gesellschaft: "Der politische Inhalt des Konflikts zwischen Kapital und lebendiger Arbeit liegt gerade auf der Ebene von Produktionsentscheidungen, also der inhaltlichen Bestimmung von Bedürfnissen und der Art und Weise ihrer Befriedigung. Letztlich geht es um die Macht, über den Zweck und die gesellschaftliche Verwendung der Produktion zu entscheiden, das heißt, über die Art und Weise des Konsums, zu welchem sie bestimmt ist, und über die sozialen Beziehungen, die diese Art des Konsums festlegt." (Gorz 2000: 52) Wer die Macht hat, hat die Interpretationshoheit darüber, was eigentlich Bedürfnis und notwendig sei. Die politische Entscheidung über das, was Bedürfnisse sind, ist eine wesentliche Entscheidung über die Produktionsbedingungen und -folgen – von den natürlichen (Rohstoffe) über die technischen (Produktionsinstrumente) bis zu den sozialen (Produktionsorganisation) und den individuellen (Fähigkeiten). Freiheitsgrade im Reich der Notwendigkeit werden dadurch definiert. Über das Ausmaß des Raumes und der Zeit für autonomes, selbstzweckhaftes Tätigsein und Muße wird bestimmt. Also geht es letztlich auch um die Entfremdungsfrage.

Der Konflikt zwischen Produktionsmöglichkeiten und Bedürfnissen ist ein in jeder Gesellschaftsform politisch zu bearbeitender Konflikt. Er besteht in jeder Gesellschaft, auch

---

<sup>7</sup> Vgl., auch für Folgendes, das Kapitel 5.2.

wenn Kapital und Lohnarbeit aufgehoben sein sollten. Dass die konkreten "Not wendenden" Bedürfnisse entscheidbar sind, liegt auf der Hand: Denn es handelt sich eben größtenteils um gesellschaftlich produzierte Bedürfnisse und nur im geringen Maße wirklich um gattungsfunktional "naturnotwendige" Bedürfnisse.

Karl Marx erkannte bereits für die einfache Warenproduktion die wesentliche politische Rolle der Bedürfnismanipulation: "Jeder Mensch spekuliert darauf, dem andern ein neues Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen [...]." (Marx 1981b: 546 f.) Dass diese Manipulation in einer Gesellschaft, deren ökonomische Grundstruktur eine kapitalistische, also mehrwert- bzw. profitorientierte ist, ungleich größer ist, liegt auf der Hand. Denn deren Produktionsgrund ist nicht der Gebrauchswert und die ökologische Verträglichkeit einer produzierten Ware oder einer erbrachten Dienstleistung, sondern deren Profitträchtigkeit. Folge ist die Verschwendung von natürlichen und menschlichen Ressourcen.

André Gorz hat sich in vielen seiner Schriften mit dem Phänomen der Macht des Kapitals durch eine Bedürfnismanipulation beschäftigt. In den posthum in deutscher Sprache erschienenen Beiträgen zur politischen Ökologie (vgl. Gorz 2009; Gorz 2000:152 ff.) verweist Gorz auf die Macht des Kapitals, "die Neigungen und Wünsche der Konsumenten zu formen, desgleichen die Art und Weise, wie sie ihre Bedürfnisse befriedigen". (Gorz 2009: 22) Warum diese Formung stattfindet, erklärt sich mit der Funktion des Konsumenten: "Der Konsument steht im Dienst der Produktion und muss die von ihr verlangten Absatzmärkte garantieren; er muss die Bedürfnisse haben, die für die Expansion des profitabelsten Absatzes notwendig sind. Man wird uns diese Bedürfnisse geben. Das ist unerlässlich, wenn die Gesellschaft, ihre Ungleichheiten und Herrschaftsmechanismen fortbestehen sollen." (Ebenda: 69) Henry Ford soll gesagt haben: Autos kaufen keine Autos. Also muss das Bedürfnis nach einem, nach einem zweiten Auto usw. manipuliert und befriedigt werden: "Sie haben kein Bedürfnis nach einem Zweitwagen, sofern man sie nicht daran erinnert. Dieses Bedürfnis muss in ihnen hervorgerufen werden, und man muss ihnen den Vorteil begreiflich machen, zu dem ein Zweitwagen ihnen verhelfen wird" (Ebenda), zitiert Gorz einen Präsidenten der größten US-amerikanischen Werbeagentur. Profit- und Herrschaftssicherung durch kapitalistisch geprägte Konsumtion gehen Hand in Hand. Zum Thema entfremdeter Bedürfnisproduktion und Aneignung der Bedürfnisse sind die Schriften von Erich Fromm, dabei insbesondere die Auseinandersetzung mit dem "Haben"-Prinzip, der Psychologie des Überflusses und der Thematik der menschlichen Produktivität<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Kapitel 7.1, 7.3 und 7.6. Ebenso diskutierenswert sind die Überlegungen von Herbert Marcuse zu den falschen und wahren Bedürfnissen und zur Erotisierung der Arbeit. (vgl. Blaschke 2004b: 42 ff.; Zilbersheid 1999: 141 ff.; Gorz 2009: 23 f.) Aus Begrenzungsgründen soll hier nicht darauf eingegangen werden.



empfehlenswert. Fromm verwies darauf, "daß alle Anregungen im Sinn der Vermenschlichung der Arbeit nicht zum Ziel haben, die Produktion zu erhöhen oder größere Befriedigung durch die Arbeit an und für sich zu erzeugen. Sie gewinnen ihren Sinn nur innerhalb einer völlig anderen sozialen Struktur, in der die wirtschaftliche Betätigung nur ein Teil – und zwar ein untergeordneter Teil – des sozialen Lebens ist. Man kann die eigentliche Arbeit nicht von der politischen Tätigkeit, vom Gebrauch der Freizeit und vom persönlichen Leben trennen. [...] Es ist das eigentliche Übel der Kultur unserer Tage, daß sie die verschiedenen Bereiche des Lebens voneinander trennt und abschließt." (Fromm 1967: 289)<sup>9</sup> Das ins Leben eingebundene Ökonomische stellt die Frage nach dem, ob, was und wie produziert werden soll und deren demokratische Beantwortung wieder in den Mittelpunkt. Von daher erst wäre eine gesellschaftliche Veränderung, auch individuelle Charakter-Veränderungen weg vom Haben-Prinzip zu erwarten. Für Fromm war klar, "daß auf lange Sicht kein geistig-seelischer Einfluß Erfolg haben kann, solange unser Wirtschaftssystem so organisiert ist, daß eine Krise droht, wenn die Menschen nicht mehr und mehr neuere und bessere Dinge kaufen wollen. Wenn es also Ziel ist, entfremdeten Verbrauch in menschlichen zu verwandeln, dann sind Veränderungen jener wirtschaftlichen Vorgänge nötig, die entfremdete Konsumtion bewirken. [...] Allgemein gesprochen bedeutet es, die Produktion auf Gebiete zu leiten, wo vorhandene, echte Bedürfnisse noch nicht befriedigt werden konnten, anstatt dorthin, wo das Verlangen künstlich hochgetrieben werden muß." (Ebenda: 295) Derzeitige Strategien des Kapitals, die "notwendige" Produktion am Laufen zu halten und auszudehnen, legt André Gorz mit seinen Beiträgen zum Thema immaterielles Kapital und Produktion des Konsumenten dar. (vgl. Gorz 2004: 37 ff.) Die *bedürfnisproduzierende* Seite herrschender Biopolitik wird von Hardt/Negri in Anlehnung an Karl Marx wie folgt beschrieben: "Die großen Industrie- und Finanzmächte produzieren [...] nicht nur Waren, sondern auch Subjektivitäten. Sie produzieren Agenzien innerhalb des biopolitischen Zusammenhangs: Bedürfnisse, soziale Verhältnisse, Körper und Intellekte – sie produzieren mithin Produzenten." (Hardt / Negri 2003: 46 f.) Bedürfnisse werden immateriell produziert – durch Sprache, Wissen und Kommunikation. Daher sind auch für diese Bereiche emanzipatorische Aneignungsstrategien zu entwickeln. Michael Hardt / Antonio Negri koppeln zwar zu Recht die Negation der "Produktion des Konsumenten" an die Aneignung der Produktionsmittel. Sie bleiben aber bei der traditionellen Produktionsmittelfrage eben nicht stehen: "Die Menge benutzt nicht nur Maschinen zur Produktion, sondern wird auch selbst auch zu einer Art Maschine, da die Produktionsmittel

---

<sup>9</sup> André Gorz meinte, dass die Erwerbsarbeit ein in die Multiaktivität eingelassener Bereich der menschlichen Aktivitäten sein soll, der letztlich von der Logik der unbezahlten, kooperativen und autonomen Tätigkeiten überformt werden soll. (vgl. Gorz 2000: 103 ff., 137 ff.)

immer stärker in die Köpfe und Körper der Menge integriert sind. In diesem Zusammenhang bedeutet Wiederaneignung, freien Zugang zu und Kontrolle über *Wissen, Information, Kommunikation und Affekte* zu haben – denn die sind einige der *wichtigsten biopolitischen Produktionsmittel*. Doch die Tatsache allein, dass diese Produktionsmittel in der Menge selbst zu finden sind, bedeutet noch nicht, dass die Menge sie auch kontrolliert. Eher lässt das die Entfremdung davon noch niederträglicher und verletzender erscheinen. Das Recht auf Wiederaneignung ist somit in Wahrheit das Recht der Menge auf Selbstkontrolle und autonome Eigenproduktion." (Hardt/Negri 2003: 413) Neben der Gewinnung der Selbstkontrolle, also der Gewinnung der Kontrolle über das wichtigste biopolitische Produktionsmittel, den Menschen selbst, verweisen Hardt/Negri auf die *tatsächliche* Aneignung der Art und Weise der Produktion in der Arbeit, die Eigenproduktion. Damit wird die Entfremdungsklippe, auf die eine unreflektierte Theorie von der Aneignung der Produktionsmittel aufläuft, umschifft. Denn Aneignung der Produktionsmittel heißt – neben der Selbstaneignung (Aneignung der produktiven und konsumtiven Bedürfnisse als wesentliche Produktionsbedingungen) auch die Aneignung der konkreten Art und Weise der Produktion. Auch André Gorz verwies zwar darauf, dass "der auf eine Ware reduzierte Arbeiter", der "nur von Waren träumt" (Gorz 2009: 100) sich selbst aneignen und lernen muss, bewusste Produktions- und Konsumtionsentscheidungen zu treffen: "Brauchen wir diesen Konsum? Wollen wir ihn? Ermöglicht er uns, dass wir uns entfalten, miteinander kommunizieren, ein entspannteres Leben führen, freundschaftlichere Beziehungen haben?" (Ebenda: 68) Gorz sieht aber auch, dass neben der direkten Manipulation von Bedürfnissen strukturelle Ursachen der Konsumtions- und Produktionsspirale bestehen. Dies sind neben der Profitlogik und der Warenform der Arbeiterin die Entfremdung des Menschen von seiner menschlichen Produktivität – durch die Trennung der Arbeiterin vom Produkt (Produktion für andere, ohne jegliche Beziehung eigener Bedürftigkeit zum Produkt) und von der Organisation der Arbeit (Teilung der Arbeit).<sup>10</sup> Diese Entfremdungserscheinungen wären auch in einer demokratisch geprägten Großindustrie nicht aufhebbar, so hatten wir es mit Friedrich Engels verdeutlicht. Daher kommt es Gorz, wie auch Hardt/Negri, auf die Organisation der Produktion als Eigenproduktion an. Das meint, dass auf hohem technologischen Stand selbst (individuell oder in kleinen Kooperativen bzw. überschaubaren Lokalisationen/Netzwerken) und für sich selbst produziert und konsumiert werden soll – soweit dies möglich ist. Der Mensch, so die Überzeugung von André Gorz, kann erst so wieder lernen, abzuwägen zwischen dem eigenen Bedürfnis und der Mühe, dieses Bedürfnis zu befriedigen. Weil in der Eigenproduktion eine weitergehende Aufhebung der Trennung von Produktion und Genuss des Produkts, und damit eine weitergehende Minimierung der

---

<sup>10</sup> Vgl. Kapitel 5.2.1.

Entfremdung, möglich ist. Natürlich handelt es sich dann noch nicht um die Sphäre des Reiches der Freiheit, wenn es sich lediglich um eine formale Autonomie der Produktion handelt, in der die Naturnotwendigkeit dieser Produktion bestehen bleibt. Ein Grundeinkommen würde da zu mehr Autonomie verhelfen.<sup>11</sup> Mit der Eigenproduktion ergibt sich aber die verbesserte Möglichkeit, das sensible Abwägen zwischen Bedürfnis und zur Bedürfnisbefriedigung benötigter natürlicher Ressourcen (wieder) zu erlernen – mit Nutzen für die allen gehörende Natur. (vgl. Ebenda: 28, 40 ff.)

Es geht Gorz mit seinem ökosozialen Ansatz also um die Wiedergewinnung der "Norm des Ausreichenden", um eine Selbstbegrenzung (autarkeia) bzw. eine Selbstgenügsamkeit (vgl. Gorz 2000: 152), die den ehemaligen Subsistenzwirtschaftlerinnen und den Proletarierinnen mit der Warenproduktion und der Industrialisierung strukturell als auch durch physische Disziplinierung in der Industrie und in Arbeitshäusern ausgetrieben worden ist – und die auch mit der Kolonialisierung lebensweltlicher, autonomer Sphären durch erwerbsarbeitsfixierte Expertinnen der Dienstleistungsbranche<sup>12</sup> permanent unterwandert wird. Und es geht bei der Selbstbegrenzung auch um die genussvolle Bewahrung der Natur, von der sich der Mensch immer mehr entfremdet hat. Vonnöten sind dafür reflektierte Bedürfnisse und eine andere, kleinteiligere und lebensweltlich verankerte Produktionsweise inkl. einer entsprechenden konvivialen, Autonomie vergrößernden und gemeinsam verfügbaren Produktionstechnik. (vgl. Gorz 2009: 11, 28)

Festzuhalten ist: Die Zukunft der Machtauseinandersetzungen liegt aus emanzipatorischen und ökologischen Gründen wesentlich auf dem Feld der Aneignung der Bedürfnis-/Subjektproduktion. Die Aneignung der eigenen Bedürfnisse ist der Versuch, die Produktion für den Profit und die Herrschaft des Kapitals zu brechen. Orientiert wird auch auf die Erweiterung der Eigenproduktion und die Ausweitung autonomer Sphären jenseits der notwendigen Produktion. Die Aneignung der eigenen Bedürfnisse ist – wie die Umwandlung in Eigenarbeit und die Reduktion der notwendigen Arbeit – ein freiheitlich-demokratisches, ein politisches Projekt. Denn es geht letztlich um die Ausweitung individueller Autonomie und der Möglichkeiten individueller, freier Fähigkeitsentwicklung – ein Gräuel für die Herren der Arbeitsgesellschaft. Für sie bedeutet diese Aneignungsstrategie Machtverlust. Ihrem Märchen von der Welt des Mangels wird die Wahrheit von der Welt des Überflusses entgegengesetzt. Bezeichnend ist, dass fast alle hier genannten Protagonisten der Idee der Aneignung der eigenen Bedürfnisse und der Arbeit durch Eigenarbeit auch Protagonisten der Idee eines Grundeinkommens sind: Erich Fromm, André Gorz, Michael Hardt/Antonio

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu Kapitel 3.2.2.

<sup>12</sup> Vgl. Kapitel 3.2.2.

Negri.<sup>13</sup> Das ist nicht verwunderlich: Wird doch durch das Grundeinkommen der individuelle ökonomisch-notwendige Charakter der Eigenproduktion *zumindest* abgeschwächt – deren Autonomiegrad also erhöht.<sup>14</sup> Die von Marx präferierte Werkhaftigkeit, als spezifische menschliche, materiell-gegenständliche Tätigkeit, könnte sich so aus ihrer Umklammerung durch die bürgerliche ökonomische Logik und Rationalität befreien.

---

<sup>13</sup> Ebenso trifft es zu, dass für Charles Fourier / Victor Considérant, André Gorz und Erich Fromm die Eigenproduktion in kleinen, dezentralen Kooperativen (mit face-to-face-Demokratie) und ein Grundeinkommen Schritte zur Überwindung einer entfremdeten Gesellschaft darstellten.

<sup>14</sup> Diese Funktion des Grundeinkommens in Hinsicht auf den Autonomiegrad in der Eigenproduktion habe ich bereits im Kapitel 3.2.2 dargelegt – dort bezogen auf den Bereich der öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen.